



Leistung und Kompetenz vor Ort 2008 – 2013

**Das Kommunalwahlprogramm
des FDP-Kreisverbandes Dithmarschen**

Kommunalwahlprogramm 2008 – 2013

(Beschlossen auf dem Kreisparteitag am 26. Januar 2008)

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger!

Am 25. Mai 2008 finden die Wahlen zu den Gemeinde- und Stadtvertretungen und zum Kreistag statt. Sie können mit Ihrer Stimme nicht nur auf das Leben vor Ort, sondern auch auf die Politik von Land und Bund für Dithmarschen Einfluss nehmen.

Mit diesem Programm liefern wir, die FDP-Dithmarschen, Impulse für die Kommunalpolitik und die Gesamtentwicklung Dithmarschens. Ein Kommunalwahlprogramm auf Kreisebene macht im Prinzip aber nur Sinn, wenn garantiert ist, dass der Kreis langfristig als eigenständige Gebietskörperschaft mit einer **eigenen** kommunalen Selbstverwaltung erhalten bleibt. Dieses ist bei der momentanen Politik in Kiel nicht mit Sicherheit vorauszusagen.

Doch Sie können sich sicher sein: Die FDP wird auf Kreis- und Landesebene weiterhin alles tun, um eine, von der Landesregierung erzwungene, Kreisgebietsreform zu verhindern.

In unserem Kommunalwahlprogramm für Dithmarschen steht die Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen im Vordergrund. Weitere, uns wichtige Themen sind verbesserte Verkehrsanbindungen und Bildungseinrichtungen.

Wir machen Ihnen mit diesem Programm ein Angebot - offen, ehrlich und mit realistischen Perspektiven. Als liberale Partei stehen wir zu unserer Verantwortung und wollen mit inhaltlicher Kompetenz, mit Verlässlichkeit und nicht zuletzt mit Elan die Dithmarscher Zukunft gestalten.

Lesen Sie unser Programm für Dithmarschen. Wir freuen uns auf ein persönliches Gespräch mit Ihnen.

Ihre FDP Dithmarschen

Gliederung des Programms

I. SCHULE UND ERWACHSENENBILDUNG

II. WIRTSCHAFT

III. VERKEHR

IV. SOZIALPOLITIK

V. GESUNDHEIT UND PFLEGE

VI. KULTUR

VII. SPORT

VIII. SICHERE STÄDTE UND GEMEINDEN

IX. FINANZEN

X. UMWELT- UND NATURSCHUTZ

I. Schule und Erwachsenenbildung

Qualifizierte Bildung und Ausbildung sind die notwendigen Voraussetzungen für Beschäftigung und Wohlstand für jeden Staatsbürger. Die Förderung durch Bildung von jungen und älteren Menschen gleichermaßen - ihren Fähigkeiten, Neigungen und Wünschen entsprechend - ist notwendig, damit die Bürger die Eigenverantwortung als oberstes Prinzip ihres Handelns erkennen und annehmen.

Mit dem Angebot von Ausbildungsplätzen wird auch die wirtschaftliche Entwicklung unserer Region gefördert. Das Berufsbildungszentrum als zentrale Institution für die berufliche Aus- und Weiterbildung in Dithmarschen ist zur Erhaltung dieses kompetenten Angebots zu stärken.

Die FDP will

- keine Elternbeteiligung an den Schülerbeförderungskosten,
- Beibehaltung der Trägerschaft von Gymnasien beim Kreis Dithmarschen bzw. bei den Städten,
- die Erhaltung wohnortnaher Schulangebote nach dem Motto „Kurze Beine, kurze Wege“,
- eine Ausweitung der Angebote für „verlässliche Grundschulen" sowie deren finanzielle Sicherstellung durch die Schulträger,
- die Schaffung von weiteren Ganztagsangeboten in Dithmarschen,
- mehr Mittel für die bauliche Erhaltung von Schulgebäuden und deren Ausstattung entsprechend den Schulprofilen und Lehrplänen,
- die sofortige Umkehrung der Ausgliederung der Beschulung von Auszubildenden innerhalb des Kreises Dithmarschen an Berufsschulen außerhalb des Kreises,
- die Einrichtung weiterer regionaler Fachklassen im Berufsbildungszentrum,
- moderne Labor- und Werkstattausstattungen,
- die Sicherstellung der kompetenten Pflege und Wartung von modernen und notwendigen IT-Strukturen durch den Kreis,
- eine vermehrte pädagogische Nutzung von Schulgebäuden außerhalb der Unterrichtszeit,
- die Sicherstellung des Kunst- und Musikunterrichts an unseren Schulen,
- eine verbesserte Zusammenarbeit von Schulen und Jugendämtern durch pädagogische Betreuung und Rat und Hilfe bei Erziehungsproblemen mit verhaltensauffälligen Kindern,
- die Erhaltung und weitere Verbesserung eines bedarfsgerechten Angebots der Volkshochschulen und Familienbildungsstätten in Kooperation mit kommunalen Trägern.

II. Wirtschaft

Der Kreis Dithmarschen hat seine Unterstützung der Wirtschaft während der letzten Legislaturperiode deutlich verbessert. Als Beispiel hierfür ist die RAL-Zertifizierung (RAL = Deutsches Institut für Gütesicherung und Kennzeichnung) als mittelstandsorientierte Verwaltung zu nennen.

Es gilt, diese Entwicklung mit weiteren Impulsen zu verstärken und auszubauen.

Die FDP will

- die weitere Entwicklung einer übergreifenden Marketing-Konzeption, in der sich Dithmarschen als zukunftsorientierte Region präsentiert - nach dem Motto „Gemeinsam sind wir stark“,
- die Darstellung aller Förderprogramme durch die Kreisverwaltung,
- die Sicherstellung von ausreichenden Finanzierungskomplementärmitteln, um alle förderungsfähigen und -würdigen Initiativen durchführen zu können,
- die weitere Beschleunigung von Genehmigungsverfahren mit Fristvorgaben, bei deren Überschreitung Anträge als genehmigt gelten, sowie größtmögliche Auslegung der Handlungsspielräume.

1. Tourismus

Der Tourismus ist trotz des gewachsenen Wettbewerbs eine Wachstumsperspektive für Dithmarschen, die sich jedoch nur bei weiterer Professionalisierung (z. B. Modernisierung und Klassifizierung der Unterkünfte, Internetbuchbarkeit) und Vervielfältigung des Angebots realisieren lässt.

Die FDP will

- den Bau von Sportboothäfen von der Eider bis Brunsbüttel
- die Schaffung attraktiver ortsübergreifender Angebote durch intensive Kooperation der Kommunen (Verringerung des Kirchturmdenkens), z.B. durch die Bildung einer maritimen Vernetzung, um die Sportboothäfen der Region gemeinsam zu vermarkten,
- die Ansiedlung eines attraktiven Freizeitparks im Meldorfer Speicherkoog,
- die Ansiedlung einer Ferien- und Wellnessoase abseits der Küste,
- ein erweitertes Angebot an höher klassifizierten Hotels in Dithmarschen,
- die Sicherung der touristischen Aus- und Weiterbildung in Dithmarschen,
- die Abstimmung der verkehrspolitischen Maßnahmen mit den Anforderungen des Tourismus,
- die Zulassung von „Strandgastronomie“ zur Attraktivitätssteigerung.

2. Land- und Forstwirtschaft

Die Landwirtschaft hat Dithmarschen geprägt. Ein hoher Anteil der Arbeitsplätze in Dithmarschen ist mit der Landwirtschaft verbunden. Sie ist unentbehrlicher Teil der Volkswirtschaft. Liberale Agrarpolitik setzt auf eine vielfältige Landwirtschaft im Sinne eines freien Unternehmertums, in der unterschiedliche Betriebsformen und Wirtschaftsweisen ihre Chance nutzen können und sollen. Betriebshilfsdienste sind zu unterstützen. Die Kommunalpolitik hat der Landwirtschaft verlässliche Rahmendaten zu setzen, damit die Betriebe ihre Lage objektiv einschätzen können.

Der Ausbildung der Betriebsleiter und der Fachkräfte vor Ort kommen besondere Bedeutung zu.

Die FDP will

- die Beibehaltung bzw. Rückführung des schulischen Teiles der beruflichen Erstausbildung für Landwirte und für mit der Landwirtschaft verbundene Berufe im Berufsbildungszentrum Dithmarschen,
- den objektiven Dialog zwischen kommunaler Verwaltung und Landwirtschaft wiederherstellen,
- gewachsene Strukturen, welche die Grundlage für die zukünftige Entwicklung unserer landwirtschaftlichen Betriebe bilden, in Landschaftsplänen, Strukturentwicklungsanalysen, Flurbereinigungsverfahren etc. berücksichtigen,
- das Baurecht, sprich Baugenehmigungsverfahren, nicht vorrangig als Verhinderungsrecht, sondern als das Recht eines jeden Bürgers auf Durchführung von Baumaßnahmen unter Berücksichtigung der gesetzlichen Vorgaben sehen,
- alternative Einkommensquellen, wie z. B. Biomasse, Biodiesel, Heizkraftwerke, Biogasanlagen, Windenergie oder ländlichen Tourismus, durch lukrative Förderung zugänglich machen,
- für eine hochwertige, den zukünftigen Anforderungen entsprechenden Ausbildung und Weiterbildung unserer jungen Landwirte sorgen.

Gerade in unseren ländlich strukturierten Kreisen gilt es, alles dafür zu tun, die Arbeitsplätze in der Landwirtschaft, sowie im vor- und nach gelagerten Bereich, zu erhalten und zu flexibilisieren.

Naturschutz, Umweltschutz und Landwirtschaft sind keine Gegensätze - nur gemeinsames Agieren aller Interessengruppen führt zu einem vernünftigen Naturschutz, zu einem verantwortungsbewussten Umweltschutz und zu einer intakten Landwirtschaft. Vor dem Hintergrund der Gammelfleischskandale muss der vorsorgende Gesundheits- und Verbraucherschutz gestärkt und durch privatrechtliche Elemente ergänzt werden.

Die schwarz-rote Bundesregierung setzt mit der sogenannten Agrarwende keine und wenn, nur die falschen Rahmenbedingungen für den Verbraucherschutz und für die heimische Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft. Die Verbraucher sind durch nationale Alleingänge beim Verbraucherschutz in einem offenen Binnenmarkt nicht wirklich zu schützen. Bioenergie- und Nahrungsmittelproduktion müssen ausgewogen entwickelt werden, um eine sichere und ausreichende Versorgung beider Grundelemente des Lebens auch in Zukunft für alle Bürger gewährleisten zu können.

3. Energie

Die Sicherstellung bezahlbarer Energieversorgung ist eine der Hauptaufgaben künftiger Politik. Nach der Windkraft gewinnen zwei weitere regenerative Energiearten mehr und mehr an Bedeutung: Photovoltaik und Biogas-Anlagen. Besonders durch Biogas-Anlagen und den dazugehörigen verstärkten Mais-Anbau wird sich unser Landschaftsbild in einigen Regionen erheblich ändern.

Die FDP will:

- die Vergütung für Strom aus Biogas-Anlagen so weit senken, dass ein wirtschaftlicher Betrieb der Anlagen nur mit finanziellen Einnahmen aus einer weitestgehenden Nutzung der Abwärme möglich ist.
- Übertragung von Reststrommengen auf das KKW Brunsbüttel (Betrieb über 2009 hinaus),
- den Bau von neuen Kraftwerken - auch Kernkraftwerken - ermöglichen,
- Entwicklung der Region zu einem Zentrum für die Erforschung von Energiespeichertechnologien,
- Sicherstellung von Rahmenbedingungen für die Windenergie und andere regenerative Energietechniken als mittelständische Wachstumsbranchen, die weitere innovative Entwicklungen ermöglichen (z. B. Repowering und Offshoreanlagen).

III. Verkehr

Mobilität ist eine der Grundlagen unserer Gesellschaft und daher aufgrund der Randlage von überragender Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung und die Lebensqualität in Dithmarschen. Die Existenz attraktiver Verkehrsverbindungen ist eine wesentliche Voraussetzung für wirtschaftliches Wachstum in Dithmarschen.

Verkehrspolitik muss neben dem Mobilitätsbedürfnis der Bürger auch den Aspekt der Sicherheit und des schonenden Umgangs mit unseren natürlichen Ressourcen berücksichtigen. Daher setzt sich die FDP für ein Miteinander des motorisierten Individualverkehrs und des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) ein.

Die FDP will

- die unverzügliche Realisierung der A20 mit einer Elbquerung westlich von Glückstadt,
- den dreispurigen Ausbau der B5 zwischen Brunsbüttel und Itzehoe, um den Wirtschaftsraum an die A20/A23 anzubinden,
- den Ausbau der B5 bis zur dänischen Grenze,
- die Verbesserung der West-Ost-Verbindungen von Straße und Bahn, vorrangig den dreispurigen Ausbau der B 203,

- gemeinsame Zustandsbewertung der Landes- und Kreisstraßen mit dem Ziel, die bereitstehenden Mittel sinnvoller zu verwenden,
- den Ausbau der „Marschenbahn“ bis an die dänische Grenze mit gleichzeitiger Elektrifizierung, damit eine Beschleunigung der Fahrzeiten sowie eine Erhöhung der Zuverlässigkeit sowohl für Schnell- als auch Regionalzüge gelingt,
- die Verbesserung der Anbindung von Brunsbüttel und Friedrichskoog an die Bahn.

IV. Liberale Sozialpolitik

Liberale Sozialpolitik soll denen Hilfe zukommen lassen, die ihr eigenes Leben nicht oder nicht mehr aus eigener Kraft bewältigen können. Beim Sozialstaat geht es um soziale Sicherheit sowie um soziale Gerechtigkeit, Integration und die Möglichkeit der persönlichen Entfaltung.

1. Freiheit und Verantwortung statt staatlicher Gängelung

Soziale Hilfe soll vor allem zur stärkeren Selbsthilfe der Betroffenen anregen. Wo dieses nicht mehr greift, wo benachteiligte Gruppen und sozial Schwache, insbesondere Erwerbslose, sich nicht mehr helfen können, müssen staatliche Stellen helfend eingreifen.

Das Instrument der „gemeinnützigen Arbeit“ ist mit neuen Inhalten zu füllen und die Möglichkeiten der Bundessozialgesetze, sind durch die Kommunen konsequent anzuwenden – denn nur Arbeit bietet eine wirkliche Hilfe.

2. Kinder und Jugendliche

Leistungsfreude, Gemeinschaftssinn, tolerante Lebenseinstellung und die Entwicklung des Demokratiebewusstseins von Kindern und Jugendlichen bilden das Fundament für die Zukunft unserer Gesellschaft. Kinder und Jugendliche brauchen Freiräume und Möglichkeiten zur selbstverantwortlichen Lebensgestaltung. Sie müssen aber auch lernen, Rücksicht auf andere zu nehmen, Grenzen, Werte und Normen zu beachten sowie in Verantwortung für andere Menschen und die natürliche Umwelt zu handeln.

Dafür sind neue Wege der Wertevermittlung zu finden!

Entscheidungen, die Jugendliche betreffen, sollen immer mit ihnen zusammen getroffen werden.

Die FDP will

- ein ausreichend großes Angebot der Ganztagsbetreuung von unter 3-Jährigen,
- die bedarfsgerechte und kostengünstige Erfüllung des Anspruchs auf einen Kindergartenplatz,
- eine flexible Gestaltung der Kindergartenöffnungszeiten,
- die Rücknahme von übertriebenen Standards, Auflagen, sowie Richtlinien für den Bau und Betrieb von Kindergärten, ohne dass deren Betreuungs-, Erziehungs- und Bildungsauftrag gefährdet wird,

- die Unterstützung von anderen Betreuungsformen (z.B. Tagesmütter, Spielkreis) als gleichrangige Alternative,
- die Förderung von Freizeitangeboten für Jugendliche in Zusammenarbeit mit freien Trägern (Vereine, Initiativen, Kirche, Stiftungen) mit einer ausgewogenen Verteilung der Mittel,
- Ausbau psychosoziale Hilfe und Beratung für Jugendliche und junge Erwachsene, die sich aufgrund vielfältiger Problemlagen in sozialer Not befinden.

3. Menschen mit Behinderungen

Menschen mit Behinderungen haben das Recht so zu sein, wie sie sind, so zu leben, wie sie es wollen und können, und mit ihren Besonderheiten gleichwertig am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben. Jeder Mensch sollte in jedem Lebensabschnitt und in jeder Lebenssituation die Chance dazu bekommen.

Besondere Aufmerksamkeit sollen die Menschen erhalten, die nicht oder kaum in der Lage sind, sich selbst zu artikulieren, um so auf ihre Lage und Wünsche aufmerksam zu machen. Das gilt besonders für die, die keine Lobby haben oder gar vergessen werden. Auch Angehörige dieser Menschen sind auf unkomplizierte, professionelle Unterstützung, Informationen und ortsnahe Hilfe dringend angewiesen. Ziel unserer Politik ist es, die tatsächlichen Hemmnisse und die Diskriminierungen gegenüber Menschen mit Behinderungen abzubauen, notwendige Hilfe zu gewähren und lebenslange Förderung anzubieten.

Die FDP will

- die Verbesserung der Wohnsituation durch Förderung des behindertengerechten Wohnungsbaus und Intensivierung der verschiedenen Formen des betreuten Wohnens,
- Erleichterungen im Behördendschungel durch klare Zuständigkeiten der Behörden und Erleichterungen bei der Informations- und Hilfesuche,
- die Verstärkung des Schutzes von Menschen mit Behinderungen durch Gewaltprävention und verstärkte Aufklärung,
- für Familien, die ein Familienmitglied mit Behinderungen haben - neben der Anerkennung ihrer besonderen Situation -, unbürokratische Hilfen und fachkompetente medizinische und soziale (sozialpädagogische) Beratung,
- die Vereinfachung der Versorgung mit Hilfsmitteln.

4. Gleichstellungspolitik

Chancengleichheit heißt für Liberale, Rahmenbedingungen zu schaffen, die es Frauen und Männern ermöglichen, Familie und Beruf selbstbestimmt und sinnvoll zu verbinden. Chancengleichheit und Gleichbehandlung von Mann und Frau sind in der Praxis immer noch kein Selbstverständnis. An der Verwirklichung muss gearbeitet werden.

Eine der wichtigsten Aufgaben der Kommunalpolitik ist daher, ausreichende Kinderbetreuung zu ermöglichen. Die FDP setzt sich für ehrenamtliche Gleichstellungsausschüsse ein. Kostenträchtige hauptamtliche Gleichstellungsbeauftragte sind abzuschaffen.

V. Gesundheit und Pflege

Die Versorgung mit Gesundheitsdienstleistungen muss sich an den Bedürfnissen der Bürger bzw. der Patienten orientieren. Infolge des demografischen Wandels brechen zunehmend familiäre Versorgungsstrukturen weg. Gleichzeitig steigt die Anzahl pflegebedürftiger Menschen. Vor diesem Hintergrund sind angemessene Versorgungsstrukturen zu schaffen, die die entstehende Lücke durch Wegfall familiärer Versorgungsstrukturen auffangen.

Ziel unserer Politik ist eine optimale Versorgung der Bürger bzw. Patienten mit Gesundheitsdienstleistungen und die Verbesserung der Lebenssituationen von Pflegebedürftigen und ggf. deren Angehörigen.

Die FDP will

- den Verbleib der Westküstenkliniken in der Trägerschaft des Kreises,
- die Verbesserung der Kooperation zwischen allen niedergelassenen Ärzten, Krankenhäusern, Pflegeeinrichtungen und ambulanten Diensten,
- die Fortführung der sehr erfolgreichen ehrenamtlich unterstützten Selbsthilfe in der ambulanten Drogenhilfe; sie ist als Nachsorge und auch Präventions- und Ausstiegsangebot unbedingt als niederschwellige Alternative zu stärken,
- dass Eltern bei der Erziehung ihrer Kinder zu einem Leben frei von Drogen Unterstützung finden können; die Zusammenarbeit von Drogenberatungsstellen und Schulen ist zu fördern; Prävention muss stärker als bisher Therapien ergänzen,
- ein ausreichendes Angebot zur Beratung und Betreuung der Pflegebedürftigen und deren Angehörigen.
- über die Leistungen des Gesundheitsdienstgesetzes (GDG) hinaus ein ausreichendes Angebot an Präventionsberatungen, insbesondere in Schulen in Zusammenarbeit mit der Ärzte- und Zahnärztekammer.

VI. Kultur

Die Förderung der Kultur gehört zu den ureigenen Aufgaben der Kommunen. Vielfalt, Offenheit, Tradition und zugleich Modernität sind für die FDP die Ziele der Kulturpolitik vor Ort. Für ihre Gestaltung sind privates Engagement und Wettbewerb unverzichtbar.

Es wird angestrebt, die Kultur zu unterstützen, sie aber weites gehend auf privatwirtschaftliche Füße zu stellen.

Die FDP will

- ein effektives und professionelles Kulturmanagement für Dithmarschen,
- eine Attraktivitätssteigerung der Museen,

- weitere Kulturstiftungen in der Region,
- die weitere Förderung der Dithmarscher Musikschule,
- die zügige Realisierung des Archaeums in Albersdorf,
- den Erhalt der Fahrbücherei.

VII. Sport

Freizeit- und Vereinssport haben nicht nur eine gesellschafts- und gesundheitspolitische Schlüsselfunktion, sondern führen - nicht nur bei Jugendlichen - zu Bildungszuwachs, Selbstbewusstsein und einer sinnvollen Beschäftigung. Sie fördern den Gemeinsinn, vermitteln Werte und verbinden die einzelnen Teile der Gesellschaft in ihrer lokalen Identität.

Die FDP will

- die Bereitstellung von Freizeit-, Spiel- und Sporteinrichtungen,
- die Unterstützung von sportlichen Initiativen vor Ort durch die Kommunen; Zuschüsse müssen gerecht verteilt werden,
- die Beseitigung von Behinderungen durch übertriebene Verwaltungsaufgaben bei der Entfaltung sportlicher Aktivitäten.

VIII. Sichere Städte und Gemeinden

Sicherheit ist die Grundlage individueller Freiheit, die im Wesentlichen als Aufgabe von Polizei, Feuerwehr und Katastrophenschutz ausgeführt wird. Der Schutz der individuellen Freiheit erfordert ein Handeln mit verfügbaren Mitteln im Rahmen der bestehenden Gesetze. Dieser Rahmen muss klar und gerecht gesteckt sein. Nur wenn die Rahmenbedingungen klar sind und die Regeln eingehalten werden, können sich die Bürger frei und sicher fühlen und erhalten so eine bessere Lebensqualität.

Die FDP will, dass

- die kleinen Polizeistationen im ländlichen Raum erhalten bleiben,
- die sachliche Ausstattung der Polizei verbessert wird,
- der Personalabbau gestoppt und die Polizei mittelfristig zahlenmäßig verstärkt wird,
- die Polizei von fachfremden Aufgaben entlastet wird,
- die verstärkte Zusammenarbeit von Jugend- und Sozialbehörden gefördert wird,
- die private Initiative zur Abwendung krimineller Taten unterstützt wird - jegliche Art von Kriminalität, auch Kleinkriminalität, konsequent verfolgt und
- die Gewalt an Schulen auch durch den Einsatz von Streitschlichtern bekämpft wird.

Auch die Funktionsfähigkeit und Effizienz der Feuerwehr und des Katastrophenschutzes erfordert einen finanziell und organisatorisch hohen Einsatz. Ehrenamtliche Betätigung in der Gefahrenabwehr ist ein tiefes Bekenntnis zur eigenen Verantwortungsbereitschaft.

Die FDP will

- einen qualitativ hochwertigen und professionellen Rettungsdienst,
- den Erhalt gut ausgestatteter und ausgerüsteter Feuerwehren in der Fläche, unterstützt durch moderne, integrierte Feuerwehreinsatz- und Rettungsleitstellen,
- die weiterhin effektive und hochwertige Ausbildung der freiwilligen Feuerwehren,
- eine aktive Unterstützung des Mitgliederzuwachses der freiwilligen Feuerwehren durch die Wiederentdeckung der Werte wie Gemeinschaft, Miteinander, Füreinander und gegenseitige Unterstützung ohne zu fordern,
- die lebensrettende Aufklärung zur Verhütung von Bränden,
- die Entlastung der Kreise und Gemeinden von deren Aufgaben betreffend die Gewährleistung des Brandschutzes, in Form von angemessenen Zuschüssen durch das Land.

IX. Finanzen

Die Finanzlage des Kreises Dithmarschen sowie fast aller Städte und Gemeinden ist bedrückend. Geringe Einnahmen durch weniger Landeszuweisungen auf der einen und steigende Ausgaben wegen der hohen Arbeitslosigkeit (ALG II) auf der anderen Seite engen den finanziellen Gestaltungsspielraum auf kommunaler Ebene immer stärker ein. Oberstes Ziel muss es daher sein, die kommunalen Aufgaben auf das Notwendigste zu begrenzen und Ausgaben einzuschränken, um Handlungsspielräume zurückzugewinnen.

Die FDP will daher

- die sofortige Rücknahme der Kürzung des kommunalen Finanzausgleichs durch das Land,
- die Aufstellung und Durchführung eines kommunalen Entschuldungsplanes,
- die Privatisierung kommunaler Einrichtungen zur Entlastung der Haushalte,
- die weitere Reduzierung von Personal- und Sachkosten,
- die vierteljährliche Überprüfung der Haushaltsentwicklung anhand betriebswirtschaftlicher Auswertungen,

X. Umwelt- und Naturschutz

Umwelt- und Naturschutzpolitik sind auf die Akzeptanz und das Mitwirken der Menschen angewiesen. Es ist primäres Ziel, die Menschen in diesem Bereich möglichst eng einzubinden, ohne eine Bevormundung zu schaffen. Ein umweltgerechtes Verhalten aufgrund eigener Einsicht und eigenem Verantwortungsbewusstsein ist Ziel liberaler Gestaltung der Politik in diesem Bereich. Landwirtschaft und Umweltschutz gehören zusammen. Vertragsnaturschutz hat Vorrang vor Verordnungsnaturschutz. Die Jägerschaft ist einzubeziehen.

Der einzigartige, durch Natur und Mensch entstandene ökologische / ökonomische Verbund von Marsch, Deichvorland und Watt muss erhalten bleiben. Hierzu gehört auch die bisherige traditionelle Nutzung, die zum Erhalt dieser Landschaft beiträgt und deshalb durch den Schutzstatus nicht beeinträchtigt werden darf.

Weitere Abgaben lehnt die FDP ab. Darüber hinaus setzen wir uns für die Abschaffung der Grundwasserentnahmeabgabe ein.

Für den Naturschutz fordert die FDP mehr Kooperation mit den Betroffenen durch freiwillige Maßnahmen und einen Ausbau des Vertragsnaturschutzes. Lebensqualität und sozialer Zusammenhalt können auch auf kommunaler Ebene nur gewährleistet werden, wenn die Menschen im Mittelpunkt der Umweltpolitik stehen. Menschen, die sich in ihrer Heimat wohlfühlen, leisten freiwillig mehr für Natur und Umwelt als grüne Öko-Bürokratie und staatliche Verbotspolitik. Deshalb setzt die FDP auf persönliche Verantwortung und die Bereitschaft zur Zusammenarbeit. Mit öffentlichen Geldern finanzierte Maßnahmen können privaten Eigentümern Vorbilder sein. Nur Menschen, die die Natur kennen und mit ihr vertraut sind, haben aus eigenem Erleben eine positive Beziehung zur Natur und schützen sie besser, als unkontrollierbare Verordnungen dies je erreichen können. Daher muss eine Naturschutzpolitik langfristig scheitern, die den Menschen aussperrt. Nicht Naturschutz und Umweltpolitik gegen die Menschen, sondern mit ihnen und für sie ist das Konzept der FDP.